

Jetzt kommen die Bürger zu Wort

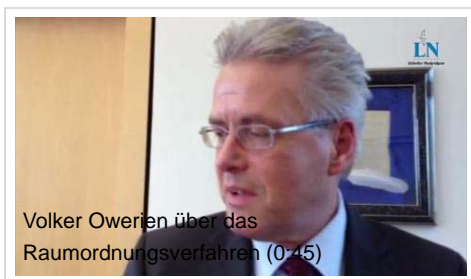
Am Montag beginnt die öffentliche Auslegung der Gutachten und Planvarianten für die Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbeltquerung. Jetzt kommt es auf viele und qualifizierte Einwände der Betroffenen an.

09.02.2013 21:57 Uhr



Der Scharbeutzer Bürgermeister Volker Owerien (parteilos) präsentiert die 16 Aktenordner voller Gutachten und Pläne. © Peyronnet

Scharbeutz/Eutin/Fehmarn. 16 Ordner. Tausende Seiten Text und zig Pläne. Die Unterlagen zum Raumordnungsverfahren für die Schienenhinterlandanbindung zur festen Fehmarnbeltquerung sind genau so ein Ungetüm wie der Name des Verfahrens. Und auch der Text ist geschraubt. Ein Beispiel: „Die Realisierung der Schienenhinterlandanbindung führt zu unterschiedlichen Auswirkungen, die grundsätzlich in bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen unterschieden werden können.“ Planerdeutsch und Verwaltungsdeutsch. Ab morgen liegen nun in allen von der Hinterlandanbindung berührten Gemeinden und beim Kreis Ostholstein die Planunterlagen aus. Die Bürger können vier Wochen lang ihre Anregungen und Einwände vorbringen.



Sie stehen schon in den Startlöchern: Gemeindeverwaltungen, Kommunalpolitiker, Bürgerinitiativen, einzelne Bürger. Es ist der größte Schulterschluss zwischen diesen Gruppen, den es in Ostholstein seiner Erinnerung nach je gegeben hat, sagt der Scharbeutzer Bürgermeister Volker Owerien (parteilos). Zwischen Bad Schwartau und Burg marschieren Bürgermeister und Anlieger, Gewerbetreibende und Privatleute, Naturschützer und Bahnanlieger gemeinsam, um die von ihnen bevorzugte Variante einer Schienenhinterlandanbindung als Vorzugsvariante im Raumordnungsverfahren durchzusetzen: die Trasse abseits der Bäderorte und der vorhandenen Bahnlinie. „Ich kann mich nicht erinnern, dass schon

einmal so viele Gemeinden betroffen waren und zusammengearbeitet haben. Und wir hatten auch nie einen so aufwändigen Prozess wie diesen mit dieser Bürgerbeteiligung“, sagt Owerien.

Damit die Bürgerbeteiligung wirkt, bedarf es aber nicht nur vieler, sondern auch qualifizierter Einwände. Es gilt, einen „Raumwiderstand“ zu belegen, sagt Owerien, und nennt damit ein weiteres Wortungetüm aus dem Raumordnungsverfahren (ROV). Die Bahn hat in ihrer 16-Ordner-Planung die Raumverträglichkeit der möglichen Trassen bewertet, hinsichtlich mehrerer Kriterien vom Tourismus über Natur und Kultur bis hin zur Wildbiologie und Archäologie. Als Ergebnis hat die Bahn für die Bestands trasse den geringsten Raumwiderstand erkannt. An den Einwänden liegt es nun, nachzuweisen, dass und in welchen Punkten es an Plausibilität fehlt oder ein Abwägungsfehler gemacht wurde und wo und warum es sehr wohl einen solchen Raumwiderstand gibt.

Keine Aufgabe für Laien. Und deshalb gibt es viele Hilfen. Musterbriefe für die Einwendungen, Textbausteine für verschiedene Themen, in die nur noch Name und Adresse eingesetzt werden müssen, Tipps, sich juristische Konsequenzen oder Schadensersatzforderungen vorzubehalten. Bürgerinitiativen sind seit Wochen dabei, solche Textbausteine zu entwerfen. Sie werden rechtzeitig zur Verfügung gestellt. In den Gemeindeverwaltungen und beim Kreis stehen Fachleute der Verwaltung bereit, um Fragen zu beantworten. Es gibt Informationsveranstaltungen und Sprechstunden. Jeder soll seine Einwände so formulieren und vorbringen können, dass sie bei der Kieler Staatskanzlei, der Herrin des Verfahrens, wirken.

Owerien sagt, warum das so wichtig ist: „Es geht um viele Existenzen, um die Angst von Grundstückseigentümern, um Gewerbebetriebe, um den Tourismus, um die Gesundheit.“ Würden es die Bürger schaffen, einen abseits der Bäder neu zu bauenden Schienenweg als Vorzugstrasse durchzusetzen, wäre das ein Teilsieg. „Es wird für die Bahn schwer möglich sein, von dieser Vorzugsvariante abzuweichen.“ Deshalb appelliert der Bürgermeister an alle, ihre Einwände vorzubringen: „Der Aufwand lohnt sich. Nichtstun ist die schlimmste Alternative.“

Adressen, Öffnungszeiten und Beratungsangebote

Die Unterlagen zum Raumordnungsverfahren liegen vom 11. Februar bis 11. März öffentlich aus. In allen betroffenen Gemeinden und beim Kreis Ostholstein können Bürger Anregungen und Einwendungen abgeben. [Auf einer Google Maps-Karte haben wir für Sie alle entsprechenden Ämter zusammengetragen \(http://goo.gl/maps/L8WLU\).](http://goo.gl/maps/L8WLU)

Sie können außerdem schriftlich abgegeben werden beim Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Staatskanzlei, Abteilung 3 Landesplanung, Kennwort: Raumordnungsverfahren Schiene, Düsternbrooker Weg 104, 24105 Kiel oder per Fax (04 31/988 611 18 50).

Forum heute wieder dem Scharbeutzer Bürgermeister Owerien zuteil wurde. Es gibt nicht nur Bürger in den Bäderorten die betroffen sind und Angst um ihre Grundstücke haben. Die gibt es auch in der Großgemeinde Ratekau. Viele davon sind besonders dann negativ betroffen, wenn die Hinterlandsanbindung entlang der A1 kommen würde. Ich hoffe, dass alle in der Großgemeinde Ratekau sich ebenfalls am Raumordnungsverfahren beteiligen werden und qualifiziert klarmachen werden welche Raumwiderstände gegen eine Anbindung an die A1 sprechen.